Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt wegen Familienangelegenheiten der Herr Abg. Gontard, fernerhin die Herren Abgg. Schlag und Töpfer wegen Berufsgeschäften, der Herr Abg. Kellner wegen Deputationsarbeiten, und für heute und morgen der Herr Abg. Thieme wegen Berufsgeschäften.

Wir treten in die Tagesordnung ein: „Allgemeine Vorberathung über das Königl. Dekret Nr. 37, den Entwurf eines Gesetzes, die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen betreffend."

Ich bitte um mehr Ruhe auf der Tribüne, da ich sonst dieselbe räumen lassen müßte.

Ich eröffne die Debatte und gebe zunächst das Wort Herrn Staatsminister von Watzdorf.

Staatsminister **von Watzdorf:** Meine sehr geehrten Herren! Die Vorlage, welche den Gegenstand Ihrer heutigen Berathung bildet, ist so ausführlich mit Gründen versehen, daß ich es nicht nöthig zu haben glaube, die Verhandlung mit einer ausführlichen mündlichen Begründung einzuleiten. Gleichwohl erfordert es meiner Auffassung nach die Wichtigkeit des Gegenstandes doch, hier von dieser Stelle aus noch einige Bemerkungen bei dem Beginne der Verhandlung an Sie zu richten.

Meine Herren! Nicht leichten Herzens ist die Regierung daran gegangen, diese Vorlage Ihrer Entschließung zu unterbreiten. Sie ist sich wohl bewußt, daß ein erhebliches finanzielles Opfer damit vom Lande gefordert wird und es Ihnen namentlich angesichts der finanziellen Lage sicherlich nicht leicht werden wird, sich für die Darbringung dieses Opfers zu entscheiden und die Verantwortung dafür Ihren Wählern gegenüber zu übernehmen. Dennoch hat sich die Regierung auch in Würdigung dieser Umstände nicht davon zurückhalten lassen können, diese Vorlage einzubringen und Ihnen die Bewilligung der erheblichen Mittel, wie sie die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen erfordert, anzusinnen. Die Verhältnisse der Lebensmittelpreise, der Wohnungspreise, Kosten für Feuerung und Beleuchtungsmaterial und auch die Kosten aller sonstigen Bedürfnisse des Lebens haben sich seit der letzten Regelung der Gehalte der Beamten so wesentlich anders gestaltet, daß die Regierung sich der Ueberzeugung nicht hat verschließen können, daß wir jetzt an einem Punkte angelangt sind, wo dem dringenden Nothstande in der Beamtenschaft Abhülfe geschehen muß, wenn anders das Gleichgewicht der wirthschaftlichen Lage der Beamten erhalten bleiben soll. Seit Jahren bereits haben die Beamten unter dem Drucke der Theuerungsverhältnisse schwer zu leiden gehabt. Seit Jahren haben sich die Nothschreie nach Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen, durch welche zugleich die örtlichen Verschiedenheiten hinsichtlich der Theuerungsverhältnisse eine gewisse Ausgleichung erfahren, immer mehr gemehrt und sind immer dringender geworden. Willig haben die Beamten ihre Lebenshaltung den immer in gesteigertem Maße ungünstiger gewordenen Theuerungsverhältnissen entsprechend einzurichten gesucht und dabei mancherlei Entbehrung auf sich genommen. Es hat dies aber eine Grenze, über welche hinaus man den Beamten Einschränkungen und Opfer nicht weiter zumuthen kann, und es ist jetzt an der Zeit, helfend einzugreifen, um wenigstens einigermaßen den Druck von der Beamtenschaft zu nehmen, unter welchem sie in der That vielfach schwer zu leiden hat. Leider ist es nicht möglich gewesen, schon von der laufenden Periode an die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen in Aussicht zu nehmen, so wünschenswerth dies auch an sich gewesen wäre. Die Regierung hofft, daß die Beamtenschaft sich dessen bescheiden wird, daß die jetzigen ungünstigen Besoldungsverhältnisse für sie noch eine Periode hindurch fortdauern, wenn nur einigermaßen sichere Aussicht dafür gegeben ist, daß vom Beginne der nächsten Periode ab in dieser Beziehung Wandel geschaffen werde. Die Vorlage bietet bei der Komplizirtheit des Gegenstandes für die geschäftliche Behandlung gewisse Schwierigkeiten und bei der Vorgerücktheit der Session konnte die Regierung selbst sich nicht der Hoffnung hingeben, daß es gelingen werde, noch auf dem gegenwärtigen Landtage die Vorlage zur Verabschiedung zu bringen. Sie glaubt aber, daß der nächste Landtag, welcher das entscheidende Wort in der Sache zu sprechen haben wird, in den Stand gesetzt werden möchte, sofort bei Beginn der Session sich zu der Frage schlüssig zu machen. Dieses läßt sich nach Ansicht der Regierung nur erreichen auf dem Wege der Durchberathung der Vorlage in einer Zwischendeputation, und deshalb hat die Regierung ihren Vorschlag auch hierauf gerichtet. Ich kann heute nur die dringende Bitte an Sie richten, diesem Vorschlage beizupflichten und damit eine gedeihliche Förderung des Zustandekommens des Ihnen vorgelegten Gesetzes zu ermöglichen. Ich darf mich auch der Hoffnung hingeben, daß dieser Vorschlag der Regierung in Bezug auf die geschäftliche Behandlung der Vorlage bei der hohen Ersten Kammer nicht auf Widerstand stoßen werde. Wie in der Begründung dieser Vorlage bereits betont, werden bei Aufstellung des nächsten Etats durch die regelmäßigen Einnahmen des Staates voraussichtlich nicht so viel Mittel zur Verfügung stehen, um die erneute höhere Belastung ohne stärkere Anspannung der Steuerkraft zu bestreiten. Mir ist wohl

Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden